



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG 2019

SICHERHEITSRAT

SITUATION IM SÜDSUDAN

MAXIM SMIRNOW¹

EINLEITUNG

Nach jahrzehntelangen Sezessionskriegen erlangte der Südsudan am 9. Juli 2011 seine Unabhängigkeit vom islamisch geprägten Sudan, als 98,8% der südsudanesischen Bevölkerung sich für eine Loslösung des Landes aussprachen. Diese Einigkeit im Votum der Südsudanese*innen täuscht allerdings über die tiefgreifenden innergesellschaftlichen Konflikte im jungen Staat hinweg. Ende 2013 brach im Südsudan ein blutiger Bürgerkrieg aus, welcher über 50.000 Opfern das Leben und mehr als 2,5 Millionen Flüchtlingen ihre Heimat kostete. Mit der Staatsgründung



im Juli 2011 sind die Vereinten Nationen mit der Friedensmission UNMISS (United Nations Mission in the Republic of South Sudan) im Südsudan präsent, um den Staat beim Aufbau sowie einer nachhaltigen Konsolidierung des Friedens zu

unterstützen. Doch trotz zahlreicher Bemühungen um einen Dialog und mehrere abgeschlossenen Friedensabkommen ist die Lage nach wie vor prekär. Es kommt fast täglich zu schweren Menschenrechtsverletzungen

¹ m.smirnow@munbw.de



und in Teilen des Landes herrscht Anarchie. Gewaltmonopole können von staatlichen Akteuren kaum durchgesetzt werden und der Südsudan ist eines der ärmsten Länder der Welt.

HINTERGRUND UND GRUNDSÄTZLICHES

Konflikte zwischen ethnischen Gruppen haben im Südsudan eine lange Tradition und gehen weit vor die Unabhängigkeit im Jahr 2011 zurück. Nicht nur im Sudan, sondern auch in der südsudanesischen Autonomieregion gab es während den Sezessionskriegen von 1955-1972 und 1983-2005 immer wieder Streitigkeiten um politische als auch wirtschaftliche Teilhabe. Der Südsudan ist ein an Ressourcen reiches Land und verfügt über große Erdölvorkommen, die zwischen Ethnien sehr umkämpft sind, da es um Machtressourcen und wichtige Einnahmen aus dem Ölgeschäft geht. Über die Zeit hat sich durch die anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen aufgrund von fehlender Staatlichkeit eine militante Kultur entwickelt, welche eine friedliche Konfliktlösung erschwert.

Der Südsudan ist ein Vielvölkerstaat mit zahlreichen ethnischen, kulturellen und religiösen Strömungen. Der Bürgerkrieg verläuft zwar damals wie heute maßgeblich zwischen zwei Fronten, den ethnischen Gruppen der Dinka und der Nuer, doch die Mehrheit im Land fühlt sich keiner der beiden Ethnien zugehörig und möchte ein schnelles Ende des Konflikts. Der Dinka, welche die anteilmäßig größte Bevölkerungsgruppe bildet, wird vorgeworfen, dass sie den südsudanesischen Staat unverhältnismäßig stark dominiere und alleine die wichtigsten Staatsämter und Wirtschaftspositionen durch Korruption inne halte. Die Nuer, welche mit großem Abstand zu den Dinka die zweitgrößte Gruppe bildet, fühlt sich in ihrer Position marginalisiert und fordert mehr Macht und Beteiligungen aus den Erdöleinnahmen. Doch eine Zeit lang wurde über die innergesellschaftliche Spaltung hinweg gesehen, da beide Gruppen Seite an Seite in der SPLM/A (Sudanesischen Volksbefreiungsarmee) für die Unabhängigkeit des Südsudans kämpften. Im Dezember 2013 eskalierte dann der Konflikt nachdem der südsudanesische Präsident Salva Kiir Mayardit, welcher der Dinka angehört, den Vizepräsidenten



Riek Machar, einen Anhänger der Nuer, entlassen hatte, weil er einen Putschversuch befürchtete. Schnell wurde deutlich, dass die historischen und ethnischen Differenzen mit der erkämpften Unabhängigkeit nicht überwunden waren. In der Folge kam es in der südsudanesischen Hauptstadt Juba zu Kämpfen zwischen Regierungstruppen (unter der Führung von Präsident Kiir) und Rebellen (geführt von dem ehemaligen Vizepräsidenten Machar). Von der Hauptstadt aus breiteten sich die Konflikte nach nur wenigen Tagen in weite Teile des Landes aus und erfassten schließlich den gesamten Südsudan.

Hunderttausende Menschen suchten binnen weniger Wochen Schutz in UN-Flüchtlingslagern aufgrund von grausamen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen. NGOs wie Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen oder Human Rights Watch dokumentierten immer wieder Plünderungen, Verbrennungen ganzer Dörfer, Gruppenvergewaltigungen und Massenmorde. Besonders waren hiervon schwangere Frauen, Kinder und ältere Menschen betroffen. Es ist schwer bis unmöglich, einen Hauptschuldigen in dem Konflikt zu benennen, denn beide Konfliktparteien begingen schwere Menschenrechtsverletzungen. Auf der einen Seite steht das aggressive und terroristische Verhalten der Rebellen, auf der anderen Seite die systematischen Einschränkungen der Meinungsfreiheit, willkürliche Verhaftungen und Folter durch Regierungstruppen. Zweifellos ist der leidtragendste Akteur im Konflikt die Zivilbevölkerung, welche im Machtkampf von mehreren Seiten zerrieben wird.

An dieser Stelle muss nochmals betont werden, dass weitere Akteure in dem Bürgerkrieg eine zentrale Rolle spielen, da es im Südsudan über 60 verschiedene ethnische Gruppen gibt. Es existieren zum Beispiel weitere Milizen und bewaffnete Jugendgruppen mit ihren eigenen Interessen, die nur schwer zu überblicken sind. Diplomatie gestaltet sich bei diesen sogenannten „Stammeskonflikten“ umso schwieriger, denn hier kann es sowohl um das verbliebene Land und Vieh gehen, als auch um die Kontrolle von strategisch wichtigen Ölfeldern. Neben den Blauhelmen der Vereinten Nationen, im Rahmen von UNMISS, befindet sich auch China mit eigenen Streitkräften als wichtigster ökonomischer



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

Partner des Südsudans im Land. China bricht hier mit seiner chinesischen Nichteinmischungspolitik und ist - ähnlich wie die Zivilbevölkerung - an einer schnellen Lösung des Konflikts interessiert, um ihre eigenen Investitionen und Wirtschaftsinteressen zu schützen.

AKTUELLES

Seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2013 hat sich die gesellschaftliche und ökonomische Situation im Südsudan massiv verschlechtert. Der Südsudan ist heute eines der ärmsten Länder der Welt und rangiert bei dem BIP (Bruttoinlandsprodukt) pro Kopf auf dem letzten Platz. Ebenso liegt

der Staat in weiteren (sozio-)ökonomischen Indexen des WDI oder HDI auf den hinteren Plätzen. Die wenigen Krankenhäuser, Straßen, Schulen und Unternehmen wurden durch den Konflikt schwer beschädigt. Von staatlicher Seite wird ein Wiederaufbau oder eine Stärkung



der Infrastruktur wenig vorangetrieben, da die südsudanesische Regierung ihre Einnahmen vornehmlich in Waffen und militärische Ausrüstung investiert. Mehr als die Hälfte der 12 Millionen Einwohner*innen hat mittlerweile ihre Heimat verloren oder leidet an den Folgen von Unterernährung. Ein weiteres großes Problem sind die Millionen (Binnen-) Flüchtlinge, welche entweder in den Nachbarländern Äthiopien, Sudan, Uganda, Kenia, Kongo, der Zentralafrikanischen Republik Zuflucht suchen oder in Flüchtlingsunterkünften der UN unterkommen. In diesem Kontext ist die südsudanesische Zivilbevölkerung in den Flüchtlingslagern faktisch eingesperrt, da außerhalb der Camps der Hungertod und Verfolgung



drohen. Die Konflikte haben sich zwar nach dem Höhepunkt im Jahr 2014 reduziert, doch das Land befindet sich noch immer in einer fragilen Situation und anhaltenden Krise. Der Staat liegt in vielerlei Hinsicht am Boden und der Wiederaufbau wird Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte dauern.

Am 27. Juni 2018 wurde ein Waffenstillstandsabkommen und am 12. September 2018 ein neuer Friedensvertrag von dem Dinka-Präsidenten Kiir und dem Nuer-Führer Machar unterzeichnet. Man einigte sich auf eine Übergangsregierung bis zu den nächsten Wahlen und Machar wurde zum wiederholten Male als Vizepräsident ernannt. Zum Erfolg der Verhandlungen haben neben der UN, maßgeblich die AU (Afrikanische Union) und die IGAD (Intergovernmental Authority on Development) beigetragen, welche im Laufe des Bürgerkriegs schon häufiger als Vermittler*innen auftraten. Die IGAD ist eine nordostafrikanische Organisation mit acht Mitgliedsstaaten, welche 1996 gegründet wurde und sich den Zielen der Friedens- und Ernährungssicherung festgeschrieben hat. Am 31. Oktober 2018 wurde in der Hauptstadt Juba der neu abgeschlossene Friedensvertrag zelebriert. An den Feierlichkeiten nahmen die beiden wichtigsten Konfliktparteien, die Dinka unter Präsident Kiir und die Nuer unter Vizepräsident Machar, gemeinsam teil. Dies ist als ein starkes Symbol für den Frieden zu deuten. Der neue Friedensvertrag stellt möglicherweise einen großen Schritt zu einem Ende des Bürgerkriegs im Südsudan dar und könnte sein Ende markieren, aber dennoch ist der nachhaltige Erfolg keinesfalls garantiert. Schon in der Vergangenheit schlossen die Dinka und Nuer im Zeitraum von 2013-2018 mehrere gemeinsame Abkommen bzw. Verträge, aber der Frieden war stets von kurzer Dauer und es kam zu einem erneuten Aufflammen der Konflikte. Es besteht also durchaus das Risiko, dass die zentralen Akteure erneut zu gewaltsamen Mitteln greifen, um ihre jeweiligen Machtinteressen durchzusetzen.

PROBLEME UND LÖSUNGSANSÄTZE

Als Folge auf den Bürgerkrieg hatte der Sicherheitsrat schon



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

Ende 2013 beschlossen, das Truppenkontingent für UNMISS von 7.000 auf 12.500 Blauhelme zu erhöhen. Der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon appellierte hierbei ausdrücklich für den Frieden und einen lösungsorientierten Dialog zwischen den Dinka und Nuer. Ziel von UNMISS ist es, die südsudanesische Zivilbevölkerung zu schützen, die Menschenrechtssituation zu beobachten und an UN-Stützpunkten und in Flüchtlingslagern humanitäre Hilfe zu leisten. Bei UNMISS handelt es sich um ein sogenanntes „robustes Mandat“. Dies stellt das weitreichendste UN-Mandat im Bezug auf Peacekeeping-Missionen (Friedensmissionen) dar. Im Gegensatz zu einem „weichen“ Mandat, welches häufig vom Sicherheitsrat in den 1990ern eingesetzt wurde, sind die Blauhelme auch dann zur Waffengewalt befähigt, wenn es sich nicht nur um ihre unmittelbare Selbstverteidigung handelt. Demzufolge können die Blauhelmsoldat*innen im Rahmen der Verteidigung ihrer Mission präventiv aktiv werden und Waffengewalt anwenden, um zum Beispiel bedrohte Ethnien vor einem möglichen Angriff im Südsudan zu schützen.

Die UNMISS ist mittlerweile eine große Zielscheibe für Kritik geworden. Es wird bemängelt, dass die Blauhelme trotz starker Militärpräsenz und robustem Mandat seit 2013 nicht dazu in der Lage



sind, marginalisierte und vom Genozid bedrohte Gruppen zu schützen. Einige Kritiker*innen werfen den Blauhelmen sogar vor, bewusst passiv und zuschauend gehandelt zu haben. Dies wirft die generelle Frage nach der Effektivität der UN-Konzepte von Peacekeeping-

Missionen und dem Einsatz von Blauhelmen auf, welche schon in den



1990ern aufkam. Vergleiche zu der Situation 1994 in Ruanda oder 1995 in Srebrenica werden gezogen, da auch im Falle des Südsudans die UN handlungsunfähig sei. Jedoch kam es sowohl in Ruanda als auch im damaligen Jugoslawien zu Völkermorden, welche von der UN auch als solche offiziell eingestuft wurden. Das entscheidende Kriterium für einen Völkermord ist, dass über die Tat als solche, eine bewusste Absicht vorliegt, eine ethnische Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Ob sich dieser Straftatbestand auf die Situation im Südsudan anwenden lässt, wird kontrovers gesehen. Im Großen und Ganzen lassen sich dennoch zwei konträre Positionen zu den UN-Peacekeeping-Missionen identifizieren. Auf der einen Seite wird gefordert, dass die Blauhelme aktiver in Konflikte eingreifen müssen, sie dazu das notwendige Personal brauchen und verpflichtet sind, den Frieden zum Schutz der Zivilbevölkerung zu erzwingen. Auf der anderen Seite hingegen werden expansive Blauhelmeinsätze kritisiert. Diese führten zu unverhältnismäßig hohen Kosten und eine Erhöhung der Truppenstärke bedeute nicht zwangsläufig mehr Sicherheit oder einen schnelleren Friedensprozess.

Der Sicherheitsrat hat vor kurzem UNMISS um ein weiteres Mal bis zum 15. März 2019 verlängert. Mittlerweile hat man das Kontingent an Blauhelmen auf 17.000 erhöht. In Zukunft wird das Mandat wahrscheinlich überarbeitet werden müssen, da bei einer Einhaltung des jüngsten Friedensvertrags die Ziele und Prioritäten neu definiert werden müssen. Falls trotz alledem der Bürgerkrieg erneut eskalieren sollte, müsste in jedem Fall von der bisherigen Strategie eine Abkehr vollzogen werden. Der Sicherheitsrat steht auch in der Kritik, da ihm vorgeworfen wird, keine umfangreichen Ansätze zu verfolgen. Zum Beispiel wurde nie ein vollständiges Waffenembargo gegen den Südsudan verhängt, sondern lediglich ein zeitlich befristetes Exportverbot von bestimmten Rüstungsgütern. Ebenso wird teilweise ein härteres Durchgreifen und ein kompletter Regimewechsel gefordert. Es wird argumentiert, dass sowohl der südsudanesischen Präsident Kiir als auch der Vizepräsident Machar belastete Persönlichkeiten sind und ein nachhaltiger Frieden unter der jetzigen Regierung nicht möglich sei. Andererseits könnte eine Entwaffnung gegen den Willen der Armee und der militanten Gruppen im



Land den Bürgerkrieg so sehr verstärken wie noch nie zuvor.

Darüber hinaus kam es in und rund um die UN-Flüchtlingslager nicht selten zu unkontrollierbaren Zuständen, die dutzende Todesopfer zur Folge hatten. Zum einen haben die Flüchtlingscamps nicht die notwendigen Kapazitäten und sind wegen zu hohem Andrang von Vertriebenen überfüllt, sodass die Helfer*innen auf Improvisation angewiesen sind. Zum anderen herrscht Wasser- und Nahrungsmangel, folglich müssen die Binnenflüchtlinge auch innerhalb der Flüchtlingslager Leid ertragen. Deshalb kommt es oft zu Panik und Aufständen, aber auch ethnische Streitigkeiten um den Konflikt spielen innerhalb der Lager eine Rolle. Das Welternährungsprogramm WFP und das Flüchtlingshilfswerk UNHCR beklagen sich vehement über zu wenig finanzielle Unterstützung von Seiten der UN-Mitgliedsstaaten. Sie betonen immer wieder, dass ihnen die Ressourcen nicht ausreichen und sie sich von der internationalen Staatengemeinschaft im Stich gelassen fühlen.

Nicht zuletzt kritisieren NGOs und Konfliktinstitute die Einseitigkeit der bisherigen Verträge, sowohl bei den gescheiterten Abkommen zur diplomatischen Lösung des Bürgerkriegs als auch beim aktuellen Friedensvertrag. Der IGAD, AU und UN wird vorgeworfen, in ein binäres Machtdenken gefallen zu sein. Die Abkommen sollen sich nur auf die zwei großen Konfliktparteien der Dinka und Nuer konzentrieren und lediglich die Machtverteilung im Blick haben. Dagegen fordert die internationale Zivilgesellschaft, endlich die Bedürfnisse der südsudanesischen Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen und die militanten Gruppen als klare Verantwortliche für den Bürgerkrieg zu benennen. Andere wiederum widersprechen dieser Darstellung und betonen, dass man nicht das Privileg hätte, zwischen mehreren Friedensverträgen wählen zu können. Man habe sich an den jüngsten Vertrag zu halten. Entweder man akzeptiere die schwierigen Bedingungen eines Verständigungsfriedens oder man müsse mit den Folgen des Bürgerkriegs und einer endlosen Gewaltspirale rechnen.

Letztendlich gibt es mehrere ungeklärte Fragen bei der derzeitigen Situation im Südsudan. Es bleibt offen, ob das neuste Friedensabkommen



die Frage der Macht- und Ressourcenteilung klären kann. Ebenfalls ist nicht klar, ob die verschiedenen ethnischen Gruppen friedlich in einen gemeinsamen Staat integriert werden können. Außerdem ist schwer einzuschätzen, ob die jetzige südsudanesische Regierung dazu in der Lage ist, Minderheiten zu schützen und das heterogene Land in seiner Vielfalt demokratisch zu repräsentieren. Wie man die aktuellen Entwicklungen beurteilen sollte und ob tatsächlich ein Ende des Bürgerkriegs mit dem neuen Friedensvertrag erzielt werden kann, ist nicht vorherzusagen.

PUNKTE ZUR DISKUSSION:

- Sind die bisherigen Bemühungen der UN im Südsudan als zielführend zu betrachten?
- Wie sollte sich die Zukunft der Friedensmission UNMISS gestalten?
- Was können die UN konkret tun und welche Schwerpunkte sollen gesetzt werden?
- Wie kann ein erneutes Aufflammen des Konflikts im Südsudan durch den Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft verhindert werden?
- Inwiefern ist die UN im Südsudan auf Kooperation mit der Afrikanischen Union, der IGAD und oder humanitären Hilfsorganisationen angewiesen?
- Welche Rolle sollen die zentralen Akteure Präsident Salva Kiir Mayardit und Vizepräsident Riek Machar bei einer potenziellen Lösung spielen?
- Inwieweit sollte die UN auf dem neuen Friedensvertrag von 2018 aufbauen oder sollte der Vertrag auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden?

QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE LINKS

Deutsch:



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Gihan, Abdalla: Südsudan, 2018/22.03., <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/228561/suedsudan> (Einführung in den Bürgerkrieg, inklusive hilfreicher Quellen)
- Patrik, Wülser: Mord, Vergewaltigung, Plünderung Vertreibung, 2018/19.09., <https://www.srf.ch/news/international/buergerkrieg-in-suedsudan-mord-vergewaltigung-pluenderung-vertreibung> (Hilfreicher Artikel zu der aktuellen Lage und Menschenrechtssituation, inklusive Weiterleitung auf einen guten Bericht von Amnesty International)
- Jürgen, Stryjak: Ein Friedensplan mit Fragezeichen, 2018/30.06., https://www.deutschlandfunk.de/buergerkrieg-im-suedsudan-ein-friedensplan-mit-fragezeichen.799.de.html?dram:article_id=421723 (Kritischer Artikel zum Friedensabkommen im Juni 2018)
- <https://www.amnesty.de> (die Datenbank und Suchfunktion sind sehr zu empfehlen, man findet sowohl alte als auch aktuelle Beiträge zur Situation im Südsudan)

Englisch:

- International Crisis Group: Improving Prospects for Peace in South Sudan at the African Union Summit, 2018/30.01., <https://www.crisisgroup.org/africa/horn-africa/south-sudan/improving-prospects-peace-south-sudan-african-union-summit> (Tiefgehende Analyse zum jüngsten Friedensabkommen, zu empfehlen ist auch die allgemeine Themenseite zum Südsudan)
- <https://unmiss.unmissions.org> (Hier sind alle detaillierten Informationen zu UNMISS zu finden, es gibt fast täglich neue Pressemitteilungen, es ist sehr empfehlenswert sich ein bisschen durch die Seite zu klicken, auf der Seite sind alle Hintergründe zum Bürgerkrieg und alle Details zum Mandat zu finden)
- <https://www.securitycouncilreport.org/un-documents/?c=south-sudan/> (Hier sind offizielle Dokumente des Sicherheitsrates zu finden)
- <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/od.html> (Die Datenbank der CIA liefert sämtliche Fakten und Informationen)



über den Südsudan)

- <https://search.un.org/index.php?lang=en> (Auf der offiziellen Datenbank der UN sind nahezu alle Dokumente zu finden, allerdings müsst ihr präzise über die Suchfunktion filtern, wenn ihr etwas bestimmtes sucht)
- Videos:
- <https://www.youtube.com/watch?v=exkEYzPrEIA> (Ein Video der Gesellschaft für bedrohte Völker vom Dezember 2017, liefert in fünf Minuten eine übersichtliche und visuelle Einführung zum Bürgerkrieg in Südsudan)
- <https://www.youtube.com/watch?v=cvsy3BxSQ-c> (Kurzes Euronews Video vom August 2018 zum aktuellen Friedensabkommen)
- Bilder:

Bild1: [UNMISS works with Warrap State Hospital](#)

UN Photo/JC McIlwaine.

01 July 2015

Kuajok, South Sudan

Photo # 637349

Bild2: [Contingent of Nepales Peacekeepers Arrives in Juba from Haiti](#)

UN Photo/Isaac Billy

04 February 2014

Juba, South Sudan

Photo # 579020

Bild3: [South Sudan Forms Transitional Government of National Unity](#)

UN Photo/Isaac Billy

29 April 2016 Juba, South Sudan, Photo # 675308

